

## KOMMENTARE



## So frisch wie Brüderle

Die neue FDP: Ein Aufbruch ins Ungewisse

► MARCO ROSE

Es gab einmal die FDP der Bürgerrechte, bis sich in der Partei nur noch ein aufrechtes Häuflein dafür interessierte. Es gab die Spaß-FDP mit einem Vorsitzenden Westerwelle, der „Big Brother“ besuchte und in 18-Prozent-Shirts durch Deutschland reiste. Das war weniger spaßig als peinlich. Und dann gab es noch die Volks-FDP, die mehr Netto vom Brutto versprach, aber nur ihre vermögenden Gönner bedachte.

Und nun? Die Rösler-FDP? Die Brüderle-FDP? Die Hauptsache-reicht-noch-für-fünf-Prozent-FDP? Es ist zu befürchten, dass diese Partei derzeit selbst nicht mehr weiß, wohin es gehen soll. Die Deutschen jedenfalls können mit den Liberalen nichts mehr anfangen, wie der jüngste ARD-Deutschlandtrend zeigte: 61 Prozent sind der Meinung, dass mit der FDP verlässliche Politik nicht mehr möglich ist. Nur knapp ein Drittel der Deutschen glaubt, dass die Partei mit ihrem neuen Vorsitzenden Philipp Rösler auf dem richtigen Weg ist.

Viel hängt deshalb ab von der heutigen, ersten großen Rede des Niedersachsen, die der verunsicherten Partei eine Richtung weisen muss. Wohin will dieser Mann, für welche FDP steht er eigentlich? Antworten auf diese Fragen sind ebenso nötig wie auf

die alles entscheidende Frage: Braucht Deutschland überhaupt noch eine FDP? Und wenn ja, warum eigentlich?

Politikwissenschaftler beantworten diese Fragen ganz nüchtern: Ja, das Potenzial ist nach wie vor vorhanden – nämlich bei den Gut- und Besserverdienern, die mit Ökologie nicht viel am Hut haben und deshalb mit den linksliberalen Grünen fremdeln.

Doch der klassische FDP-Mittelstand will auch bei Laune gehalten werden, was Westerwelle einfach nicht gelungen ist: Steuergeschenke verteilte die Bundesregierung nur für die richtig Reichen, die Mittelschicht guckte bislang in die Röhre.

### Klientel-Partei 2.0

Klientel-Partei ja, aber dann auch richtig? So offen wird das an diesem Wochenende niemand aussprechen. Man wird stattdessen das peinliche Personalgeschacher der vergangenen Tage schönreden und Verantwortung für die Bürgerrechte beschwören (das kostet ja nichts). Alles Geschwurbel von der neuen, jungen FDP wird aber nicht davon ablenken können, dass liberale Ideen derzeit so frisch sind wie der neue FDP-Fraktionschef im Bundestag.

► m.rose@zeitungsverlag-aachen.de



## Höhere Löhne helfen

Deutschland, Griechenland und die Krise

► JOACHIM ZINSEN

Höhere Löhne in Deutschland können den Griechen helfen, einen Weg aus der Krise zu finden. Diese Behauptung mag absurd klingen. Makroökonomisch gibt es jedoch durchaus einen Zusammenhang zwischen dem hiesigen Lohnniveau und der fast schon verzweiferten Lage in manchen europäischen Schuldenstaaten.

Die deutsche Wirtschaft hat im vergangenen Jahrzehnt ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit massiv gesteigert. Andere Volkswirtschaften wurden an die Wand konkurriert. Gelungen ist das, weil bei uns Löhne und Gehälter auf breiter Front gesunken sind. Das hat für die deutsche Handelsbilanz natürlich Folgen: Die Exporte legen kräftig zu. Die Importe hingegen hinken weit hinterher, weil die Geldbeutel von immer mehr Arbeitnehmern notleidend sind.

Auf der anderen Seite Griechenland: Dort sind die Löhne und damit auch die Lohnstückkosten gestiegen. Es wurde importiert, konsumiert, aber aus mangelnder Wettbewerbsfähigkeit kaum exportiert.

Jede Medaille hat bekanntlich zwei Seiten, die nicht voneinander zu trennen sind. Hohen Exportüberschüssen stehen anderorts zwingend hohe Defizite gegenüber, die Länder machen, um Güter importieren zu können. Wer deshalb wie Deutschland mehr ausführt als er einführt, lebt unter seinen Verhältnissen. Wer wie die Griechen mehr einführt als er ausführen kann, lebt über seinen Verhältnissen. Solche wirtschaftlichen

Ungleichgewichte besitzen Sprengkraft – vor allem, wenn sie in einem gemeinsamen Währungsraum immer größer werden. Dabei liegt es langfristig im Interesse beider Seiten, dass diese Ungleichgewichte abgebaut werden. Denn irgendwann sind die Schwachen nicht mehr in der Lage, den Starken ihre Produkte abzunehmen.

Natürlich war es richtig, von Griechenland zu verlangen, den Gürtel enger zu schnallen. Das geschieht inzwischen. Doch auch Deutschland ist gefordert. Hier muss endlich die restriktive Lohnpolitik gelockert werden. Damit würde die Massenkaufkraft gesteigert, was wiederum zu höheren Importen auch aus Schuldenstaaten führen würde. Und vielleicht könnten sich dann auch wieder mehr deutsche Arbeitnehmer einen Urlaub in Griechenland leisten.

### Eine andere Geschichte

Doch die Löhne in Deutschland entwickeln sich weiter schleppend. Trotz Wirtschaftsaufschwung liegen die Tarifabschlüsse meist nur in Höhe der prognostizierten Inflationsrate. Mehr haben die Gewerkschaften nicht herausholen können, weil ihre Macht durch den ausufernden Niedriglohnsektor systematisch untergraben wurde. Mitverantwortung dafür trägt eine Bundesregierung, die bis heute nicht Willens ist, einen Mindestlohn einzuführen. Doch das ist jetzt wieder eine andere Geschichte.

► j.zinsen@zeitungsverlag-aachen.de

## PRESSESTIMME



Die „tageszeitung“ analysiert die Ergebnisse der Steuerschätzung:

Die Steuereinnahmen steigen, hat die neueste Schätzung ergeben – aber wer zahlt eigentlich für den Staat? Auch darauf findet sich eine Antwort in den Daten, und sie lautet kurz zusammengefasst: Es sind vor allem die Verbraucher und abhängig Beschäftigten, die den Staat finanzieren. Die Kapi-

talbesitzer hingegen kommen billig davon. Schon im Detail ist das deutsche Steuersystem sehr merkwürdig. So gehört es zu seinen Wundern, dass die Tabaksteuer ungefähr genauso ertragreich ist wie die Körperschaftsteuer, die von den Aktiengesellschaften und GmbHs gezahlt wird. Wer in die Steuerstatistik blickt, könnte glauben, dass Raucher reich sein müssen, da sie doch so viel abliefern wie die großen Konzerne. Dieses bizarre Missverhältnis hat System.



Erhielt einen würdigen Abschied: Ex-FDP-Chef Guido Westerwelle zeigte sich in Rostock gerührt. Seine Kritiker schwiegen. Foto: dpa

# Spielverderber sind bei der FDP nicht erwünscht

Abrechnung mit Westerwelle bleibt beim FDP-Parteitag in Rostock aus. Rösler übernimmt die Regie. Unmut kann sich nicht entladen.

VON WERNER KOLHOFF

Rostock. Nichts wollte Guido Westerwelle mehr als einen würdigen Abschied. Nichts Philipp Rösler weniger als eine Abrechnung mit seinem Vorgänger als FDP-Chef oder gar eine Debatte darüber, ob der weiter Außenminister sein dürfe. Beide bekamen ihre Wünsche beim Parteitag in Rostock erfüllt – mit viel Druck. Die befürchtete Selbstzerfleischung der bei den letzten Landtagswahlen so erfolglosen Liberalen blieb aus. Die Partei versucht mit neuer Führung wieder nach vorn zu blicken.

Allerdings kostete die Disziplinierung einige Mühe. Wie die Veranstaltung laufen sollte, machte schon bei der Eröffnung der neue Fraktionschef Rainer Brüderle deutlich, als er zu Westerwelle gewandt sagte: „Der bisher größte Erfolg bei Bundestagswahlen wird immer mit deinem Namen verbunden sein.“ Sogar Rostocks parteiloser Oberbürgermeister Roland Methling fügte sich in die Regie, als er in seinem Grußwort meinte, Westerwelle

habe „mehr als jeder andere einen fairen Umgang verdient“. Üblicherweise beschränken sich die Gastgeber-Reden auf das Loben der Schönheiten der jeweiligen Kongressstadt. Und Rösler setzte die letzte Leitplanke für die Debatte, als er in den Abschiedsbeifall für Westerwelle hinein, kurz vor Beginn der Aussprache, sagte, den besten Dank stattete man dem scheidenden Vorsitzenden durch Respekt ab, „auch vor seinem Amt als Bundesaußenminister“.

### Kritiker eingeschüchtert

Keiner wollte jetzt noch Spielverderber oder gar Nestbeschmutzer sein, selbst Westerwelles Intimfeind Wolfgang Kubicki nicht. Er trat als einer der ersten Redner auf und forderte, die FDP-interne Personaldebatte mit diesem Parteitag zu beenden. Dabei hatte er sie selbst um Weihnachten herum mit der giftigen Bemerkung eröffnet, die Parteiführung in Berlin leide unter einem Realitätsverlust wie einst die Führung der DDR.

Und auch der Berliner Martin Lindner brachte keinen Antrag ein, mit dem über Westerwelles Zukunft als Außenminister abgestimmt worden wäre. Nachdem er das am Mittwoch öffentlich ange-regt hatte, hatten Röslers Leute damit gedroht, dafür zu sorgen, dass er seinen erst am Dienstag gewonnenen Job des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden wieder verlieren werde. Lindner war so eingeschüchtert, dass er beim Presse-

empfang am Vorabend des Parteitages sagte, er habe nie einen Anti-Westerwelle-Vorstoß vorgehabt. Das sei alles ein Missverständnis.

Westerwelle selbst tat in seiner Abschiedsrede auch einiges für einen versöhnlichen Verlauf. Er räumte eigene Fehler ein, freilich ohne sie konkret zu benennen, und drehte die Aufmerksamkeit mit ein paar geschickten Bemerkungen auf die politische Konkurrenz. Wenn die SPD jetzt von politischer Instabilität bei der FDP spreche, möchte er doch daran erinnern, dass er in seinen zehn Jahren als Vorsitzender sechs sozialdemokratische Parteichefs habe kommen und gehen sehen. „Erzählt uns nichts von Stabilität.“ Da johlten die Delegierten vor Begei-

„Der bisher größte Erfolg bei Bundestagswahlen wird immer mit deinem Namen verbunden sein.“

RAINER BRÜDERLE WENDET SICH AN GUIDO WESTERWELLE

terung. Auch die persönlichen Passagen kamen gut an, etwa als Westerwelle von dem Glück sprach, zehn Jahre Vorsitzender dieser Partei gewesen zu sein, vom Stolz, den er für die neue Führungsmannschaft um Philipp Rösler empfinde oder davon, dass die FDP für ihn wie eine Familie gewesen sei. Das klang wehmütig und dämpfte die Kritik weiter. Nur die Hessin Ruth Wagner ermahnte ihn anschließend, als Außenminister künftig „mehr Eigeninitiative und Abgrenzung zum Koalitionspartner“ zu zeigen. Sie kritisierte die deutsche Enthaltung zur Libyen-Resolution im UN-Sicherheitsrat, forderte aber auch nicht Westerwelles Rücktritt.

Trotzdem war der Unmut über das Umfragetief zu spüren, nur konnte es sich zunächst nicht richtig entladen und fand keine Richtung. Es gab Redner, die fanden, dass die FDP zu schnell in der schwarz-gelben Regierung ihre Wahlkampfpositionen geräumt habe, etwa in der Frage der Steuer-senkungen oder zuletzt bei der Kernenergie. Wagner etwa sprach von dramatischen Verlusten und sagte: „Wir sind nicht glaubwürdig, das ist das tiefere Problem.“ Aber es gab genauso viele, die fanden, dass man nicht schnell genug von Opposition zu Regierung umgeschaltet habe, und dass etwa die Laufzeitverlängerung für die AKW ein Fehler gewesen sei.

Rösler gab da auch keine Orientierung; seine Grundsatzrede hält er erst am heutigen Sonnabend.

## Abwärtsspirale im Gesundheitssystem

Zusatzbeiträge sollten den Wettbewerb zwischen den Kassen anheizen. Doch das funktioniert nicht.

Berlin. Gerechter und stabiler wollten Ulla Schmidt und Philipp Rösler die Krankenversicherung in Deutschland mit ihren Reformen machen. Trotz der Worte der damaligen Gesundheitsminister von SPD und FDP stehen jetzt reihenweise Patienten der geschlossenen City BKK bei anderen Kassen vor verschlossenen Türen. Weitere Kassenpleiten, Wellen von Zusatzbeiträgen und Ärger für die 71 Millionen Versicherten drohen.

Für die Betroffenen sind die Nachrichten höchst beunruhigend. Erleben doch gerade die Kunden der bereits bankrotten City BKK, was eine Schließung derzeit heißt: Das Kassensystem ist völlig unvorbereitet, die Politik scheint machtlos – reihenweise werden gerade alte und kranke City-BKK-Versicherte, die hohe Kosten verursachen, in Berlin und Hamburg von Kassen abgewiesen.

### „Rutschbahneffekte drohen“

Nun sind die City BKK mit 168 000 und die BKK für Heilberufe mit 127 000 Versicherten relativ kleine Lichter im Kassenuiversum. Doch der Mechanismus des von Ulla Schmidt geschaffenen Gesundheitsfonds mit den von Philipp Rösler verschärften Regeln lässt Experten wenig Beruhigendes vorhersagen. „Es wird eine wachsende Zahl an Kassen geben, die

mehr Geld brauchen“, meint der Essener Gesundheitsökonom Jürgen Wasem. „Rutschbahneffekte wie bei der City BKK drohen“, sagt der Chef der Krankenkasse KKH-Allianz, Ingo Kailuweit.

Es sind die Zusatzbeiträge, die eine Abwärtsspirale bei weiteren Kassen in Gang setzen könnten. Früher konnten die Kassen den Beitragssatz nach Bedarf hochsetzen. Der ist heute fest. Dafür müssen sie Zusatzbeiträge erheben, wenn die Politik nicht mehr Steuermilliarden in die Krankenversicherung pumpt. Auf vier bis fünf Milliarden Euro schätzt Kailuweit das Finanzloch der Krankenkassen im kommenden Jahr – vier von fünf Kassen müssten Zusatzbeiträge nehmen, wenn die Regierung nichts unternimmt.

Jetzt reiht sich die Vereinigte IKK in die Kassen mit Zusatzbeitrag ein. Viele Kassen freilich zö-

gern die Erhebung des gefürchteten Aufschlags aus Angst vor einem Mitgliederschwund laut Branchenkenntnis hinaus. „Es gibt viele Kassen, die von der Hand in den Mund leben“, heißt es in der Chefetage einer großen Versicherung. Doch was machen die Kassenmanager, wenn die Rücklagen aufgebraucht sind? Flattern den Kunden dann die unliebsamen Briefe mit einem vielleicht gleich etwas höheren Beitragsbescheid ins Haus, laufen der Kasse ihre Gutverdiener erst recht weg.

Eine weitere Spirale beginnt sich dann zu drehen. Entweder finanzieren andere Versicherungen aus dem eigenen Lager eine Fusion mit. Oder die anderen Kassen berappen am Ende noch höhere Schließungskosten – die unliebsamen Versicherten mit den oft hohen Kosten brauchen dann eine neue Kasse. (dpa)